



Informationen



LANDESPRESSEKONFERENZ



**Vertrauen statt Vorschriften.
Gelingen statt Wünschen.**
Pressekonferenz der drei hessischen
Kommunalen Spitzenverbände
Seite 3

Die Städte werden es schon richten
Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften Mitte
und Nord
Seite 7

Kommunale Selbstverwaltung stärken
– Erwartungen und Forderungen der hessi-
schen Kommunalen Spitzenverbände vor der
Landtagswahl
Seite 5

**Vollversammlung der Stadtverordne-
tenvorsteherinnen und -vorsteher in
der Hessentagsstadt Pfungstadt**
Seite 9

6/2023

Inhaltsverzeichnis



Titelthema

Vertrauen statt Vorschriften.
Gelingen statt Wünschen.
Pressekonferenz der drei hessischen
Kommunalen Spitzenverbände 3



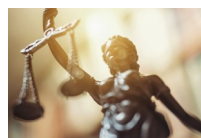
Pressekonferenz

Kommunale Selbstverwaltung stärken –
Erwartungen und Forderungen der
hessischen Kommunalen Spitzenverbände
vor der Landtagswahl 5



Aus dem Städtetag

Die Städte werden es schon richten
Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften Mitte
und Nord 7



Recht, Personal und Ordnung

Vollversammlung der Stadtverordnetenvor-
steherinnen und -vorsteher in der
Hessentagsstadt Pfungstadt 9



Bildung, Kinder und Jugend

Sprachförderung für Kinder neu aufstellen
und stärken 10



Vertrauen statt Vorschriften.

Gelingen statt Wünschen.

Pressekonferenz der drei hessischen Kommunalen Spitzenverbände

(JD) Immer größere Hoffnungen wecken die Politikerinnen und Politiker auf den Ebenen von Bund und Land Hessen. Immer größere Wünsche, die nicht zu erfüllen sind, schmälerten aber das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Verantwortlichen, so Oberbürgermeis-

Der Ton der kommunalen Vertreter hat sich deutlich verschärft und verändert. Das liegt daran, dass Bundes- und Landespolitik die Signale der „Zeitenwende“ offensichtlich nicht verstanden haben. Sie versprechen und planen immer noch so wie in den zehner Jahren un-

die demokratischen Kräfte, dass die Ebene, die der Einwohnerschaft verspricht und Leistungen in Aussicht stellt, nicht die Ebene ist, die diese Politik auch verantwortlich umsetzen muss.

Dr. Wingenfeld mahnte daher auch



Landespressekonferenz am 23. Juni 2023: die Präsidenten der Kommunalen Spitzenverbände. v.l.n.r. Matthias Baaß, Dr. Heiko Wingenfeld und Wolfgang Schuster.

ter Dr. Heiko Wingenfeld, Präsident des Hessischen Städtetages am 23. Juni 2023 im Gebäude des Hessischen Landtags. Er leitete als „federführender“ Präsident die Pressekonferenz der Kommunalen Spitzenverbände. An seiner Seite Bürgermeister Matthias Baaß aus Viernheim, Präsident des Hessischen Städte- und Gemeindebundes sowie Wolfgang Schuster, Landrat des Lahn-Dill-Kreises und Präsident des Hessischen Landkreistages.

eres Jahrhunderts als Wirtschaft- und Steuerkraft schier unaufhaltsam anstiegen. Jetzt treffen die Versprechungen nicht nur auf leere Kassen. Neben einem wachsenden Investitionsstau etwa wegen steigender Investitionskosten fehlt es an Arbeitskräften, insbesondere an Fachkräften.

Die drei Präsidenten zeigten an dieser Stelle ungeschminkt die sehr große Beanspruchung der Verantwortlichen in den Städten. Nie war es gefährlicher für das Vertrauen in

die jetzt im Landtagswahlkampf agierenden Parteien, weniger zu versprechen. „Wir müssen imstande sein, in den Kommunen noch gestalten zu können, das Land muss imstande bleiben, seine Kommunen bedarfsgerecht ausstatten zu können.“ Und Präsident Schuster ergänzte: „Was wir vortragen, sollte in die Koalitionsverhandlungen einfließen.“

Besonders drastisch schilderte Präsident Baaß die Situation: „Viele Kollegen sagen mir: ‘Ich kann nicht



mehr'. Sie leiden unter schlaflosen Nächten.“

Die drei Präsidenten führten konkrete Beispiele dafür an, wie die staatliche Ebene die Kommunalpolitik überfordert:

Ganztag

Die Bundespolitik hat den Eltern versprochen ab 2026 beginnend bis Ende der zwanziger Jahre jedem Kind in der Grundschule eine Nachmittagsbetreuung zu garantieren. Mittel für die notwendigen Investitionen stellt Berlin aber in völlig ungenügender Höhe zur Verfügung (1.046 Euro je Kind!). Es fehlt an Fachkräften und zugleich an der umfassenden Bereitschaft, die Anforderungen an die Betreuenden zurückzuschrauben. Befürchtungen stehen im Raum, es werde einen Kampf um Betreuungskräfte zwischen Kindergärten, -krippen und Grundschulen geben. Gleichzeitig fehlt jedes Signal der Landesregierung, die Lehrerschaft stärker für die Unterrichtung am Nachmittag einzuspannen zu wollen.

ÖPNV

Im Herbst vergangenen Jahres zeigte sich die Landesregierung zäh darin, die Verkehrsverbünde mit Hilfe von Landesgeld auskömmlich auszustatten. Im Frühjahr diesen Jahres dann das Signal, dass die Landesregierung Mittel hat, einen landesweiten Sozialpass namens „Hessenpass mobil“ über ein mit 18 Euro subventioniertes Deutschlandticket, also für 31 Euro einzuführen.

Die Landesregierung hat ihre Absicht bekundet, den Hessenpass nicht zu Lasten der Kommunen zu finanzieren. Garantieren wollte sie das über 2024 hinaus aber nicht. Gleichzeitig weiß niemand, wer in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre die ungeheuren Beträge für wachsende Investitionen in den ÖPNV und die weiter angesichts



Die zahlreich erschienen Medienvertreterinnen und -vertreter berichteten sehr intensiv und verständnisvoll über wachsende Nöte der hessischen Kommunen.

steigender Energie- und Betriebskosten wachsenden laufenden Kosten finanzieren soll.

Krankenhäuser

Die Landesregierung zeigt keine vollbefriedigende Lösung für die wachsenden Kosten der Krankenhäuser, nicht nur bei den Investitionen, sondern auch bei den Betriebskosten. Aktuell droht angesichts von Liquiditätsproblemen ein Sterben zahlreicher Krankenhäuser. Es droht deren Ende noch vor der von Bundesgesundheitsminister Lauterbach auf Bundesebene in Gang gesetzten Krankenhausreform.

Wohnungsbau

Präsident Dr. Wingefeld zeichnete ein düsteres Bild bei der Wohnraumversorgung. Trotz steigender Preise für Neubauten zeigte sich wegen wachsender Vorgaben und gestiegener Baumaterialien und Löhne, dass sich Bauen für Unternehmen kaum noch lohne. Die Bundesregierung verfehle um Längen die Erwartungen, die sie an den

Wohnungsbau gestellt habe.

Auch der soziale Wohnungsbau komme zum Erliegen. Die großen Unternehmen erbrachten nur wenige Maßnahmen, kleine Unternehmen zögen sich zunehmend zurück. Sein Fazit: Gelingen könne ein ausreichender Wohnungsbau nur, wenn Bund und Land ihn weit stärker förderten.

Weitere Aufgabenfelder

Auch zu den Handlungsfeldern Gesundheit, Soziales und Pflege, Digitalisierung, Umwelt, Sicherheit, Kultur, Sport und Verwaltungsvereinfachung legen die hessischen kommunalen Spitzenverbände einvernehmlich Vorschläge aus der Praxis vor.

Den Bericht aus der Pressekonferenz finden Sie auf dem [YouTube-Kanal des Hessischen Städtetages](#).

[Weitere Informationen und den umfangreichen Forderungskatalog](#) finden Sie in digitaler Form auf den Seiten des Hessischen Städtetages.



Kommunale Selbstverwaltung stärken –

Erwartungen und Forderungen der hessischen Kommunalen Spitzenverbände vor der Landtagswahl

(Hm) Zu ihrer Pressekonferenz am 23. Juni 2023 haben die drei hessischen Kommunalen Spitzenverbände eine Pressemitteilung abgestimmt. Wir drucken sie nachstehend ab.

„Die hessischen Kommunalen Spitzenverbände, Hessischer Städtetag, Hessischer Landkreistag und Hessischer Städte- und Gemeindebund, legen vor der Landtagswahl im Oktober 2023 ihre Erwartungen und Forderungen als Vertreter aller hessischen Kommunen an den Hessischen Landtag und die Hessische Landesregierung für die 21. Wahlperiode 2024 bis 2029 vor (**Anlage**).

Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingefeld, Präsident des Hessischen Städtetages: „Mit unseren konkreten Vorschlägen wollen wir deutlich machen, dass die Städte, Landkreise und Gemeinden bereitstehen, die notwendigen Aufgaben anzupacken. Wir haben aber in allen Politikfeldern klare Vorstellungen, welche Handlungsfelder auf das Land zukommen. Das Leben der Menschen spielt sich in den Kommunen ab. Hier wohnen, arbeiten, spielen, bilden, betätigen und begegnen sie sich. Deshalb muss die örtliche Ebene besonders gestärkt sein – finanziell, personell, planerisch – und nicht belastet werden. Der Blick auf das Machbare muss gestärkt werden. Dies wollen wir an besonderen Beispielen deutlich machen.“

Die Kommunalen Spitzenverbände fordern daher ganz zentral ein Belastungsmoratorium: „Corona, Krieg in der Ukraine, Inflation, Energie, Flüchtlinge: Krise folgt auf Krise. Die Antwort auf diese Situation kann nicht heißen: Noch mehr

Leistungen von den öffentlichen Händen. Die Leistungsgrenze der Kommunen ist überschritten. Städte, Gemeinden und Landkreise sagen: Halt! So geht es nicht weiter! Gefragt sind klare Prioritäten, Bürokratieabbau und das Stärken der Kommunen in schwierigen Zeiten“, mahnt Bürgermeister Matthias

großen Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung und die guten Ergebnisse der letzten Jahre dürfen nicht täuschen: Neue Standards, die Flüchtlingskrise und auch die Inflation gefährden vielerorts den Haushaltsausgleich. In Krisenzeiten brauchen wir daher mehr Flexibilität im Haushaltsrecht.“



Die drei Präsidenten der Kommunalen Spitzenverbände v.l.n.r. Matthias Baaß, Dr. Heiko Wingefeld und Wolfgang Schuster.

Baaß, Präsident des Hessischen Städte- und Gemeindebundes.

Die Kommunalen Spitzenverbände haben auch klare Vorstellungen zur finanziellen Ausstattung. Landrat Wolfgang Schuster, Präsident des Hessischen Landkreistages: „Die Kommunen stehen finanziell vor großen Herausforderungen. Die

Die Verkehrswende verlangt eine stärkere Unterstützung durch das Land. Auch dazu haben die Kommunalen Spitzenverbände wesentliche Vorschläge. Landrat Wolfgang Schuster, Präsident des Hessischen Landkreistages: „Der ÖPNV ist eine kommunale Aufgabe, die durch Vorgaben des Bundes und der Länder

Pressekonferenz, Wiesbaden



stark überlagert wird. Die derzeitigen Angebote wie etwa das 49 bzw. 31 €-Ticket im ÖPNV können wir allein niemals finanzieren. Daher erwarten wir als Kommunale Spitzenverbände eine zukunftsorientierte auf Dauer abgelegte Finanzplanung sowie eine bessere Einbeziehung in die jeweiligen Verhandlungen.“

Vieles liegt auch bei der Kinderbetreuung noch im Argen. Bürgermeister Matthias Baaß, Präsident des Hessischen Städte- und Gemeindebundes: „Nie gab es so viel Nachfrage nach Plätzen in Krippen und Kitas. Deshalb brauchen die Kommunen dauerhafte und verlässliche finanzielle Unterstützung bei Be-

triebskosten und Investitionen. Nie arbeiteten in Hessen so viele Fachkräfte in der Kinderbetreuung. Mit dem absehbaren demographischen Wandel werden sich die aktuellen Standards bei Qualifikationsanforderungen und Personalschlüssel aber so nicht halten lassen. Hier wird eine dauerhafte Öffnung für Quereinsteiger mit Anrechnung auf den Personalschlüssel gebraucht,“ sagt Matthias Baaß.

Auch im Bereich Wohnen wünschen sich die Kommunalen Spitzenverbände Neuerungen. Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingenfeld, Präsident des Hessischen Städtetages: „Die wachsende Bevölkerung in Hessen mit ihren veränderten Be-

darfen ruft nach neuen und unbürokratischen Fördermöglichkeiten für alle Regionen in Hessen. Wir brauchen zügig eine verlässliche und auskömmliche (soziale) Städtebauförderung sowie eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik zur Mobilisierung von Bauland. Es ist alarmierend wie viele Bauprojekte gerade gestoppt oder mit einem ungewissen Ende verschoben werden.

Auch zu den Handlungsfeldern Gesundheit, Soziales und Pflege, Digitalisierung, Umwelt, Sicherheit, Kultur, Sport und Verwaltung vereinfachen legen die hessischen Kommunalen Spitzenverbände einvernehmlich Vorschläge aus der Praxis vor.“



Direktoren und Geschäftsführer der Kommunalen Spitzenverbände v.l.n.r. Dr. David Rauber (HSGB), Stephan Gieseler (HStT), Jürgen Dieter (HStT), Johannes Heger (HSGB), Prof. Dr. Jan Hilligardt (HLKT), Harald Semler (HSGB).



HSGB
HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND

HESSISCHER
STÄDTETAG



Hessischer
Landkreistag

Erwartungen und Forderungen der hessischen Kommunalen Spitzenverbände als Vertreter aller hessischen Kommunen an den Hessischen Landtag und die Hessische Landesregierung für die 21. Wahlperiode 2024 bis 2029

- 1. Keine Zuweisung weiterer Aufgaben an die Kommunen – Belastungsmoratorium jetzt – Kommunale Selbstverwaltung stärken**
- 2. Finanzausstattung dauerhaft sicherstellen**
- 3. Bildung als zentrale Aufgabe begreifen – Kinderbetreuung gewährleisten**
- 4. Digitalisierung vorantreiben und fördern – Forschung und Wirtschaft stärken**
- 5. Verkehrswende sichern – Infrastruktur nachhaltig ausbauen – Verkehrsanbindung und ÖPNV in der Fläche sichern**
- 6. Klimawandel managen**
- 7. Sicherheit gewährleisten / Brand- und Katastrophenschutz sicherstellen**
- 8. Wohnungsmangel beheben – Standards überprüfen, Rahmenbedingungen für Investitionen verbessern**
- 9. Kultur- und Sportangebote sichern**
- 10. Krankenhaus- und Pflegeentwicklungsplanung angehen**
- 11. Verwaltungsvereinfachung unterstützen**

1. Keine Zuweisung weiterer Aufgaben an die Kommunen – Belastungsmoratorium jetzt – Kommunale Selbstverwaltung stärken

EU, Bund und Land belasten die Städte, Gemeinden und Landkreise mit neuen Aufgaben und Leistungsversprechen sowie zusätzlichen Vorgaben für bestehende Aufgaben. Unsere in der Verfassung garantierte Selbstverwaltung verliert immer weiter an Gestaltungsmöglichkeiten. Die fremdbestimmten Aufgaben binden knappes Personal und die eingeschränkten Finanzmittel. Folge ist, dass die Kommunen ihren eigentlichen Auftrag nicht mehr richtig erfüllen können, obwohl er dies in die Hessische Gemeindeordnung als Ziel formuliert: „das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre gewählten Organe zu fördern und so die Grundlage des demokratischen Staates zu bilden.“

Zu einer Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung bedarf es einer zeitgemäßen Überarbeitung der Kommunalverfassung und der Aufgabenzuweisungen an die Kommunen, die den Anforderungen und Erwartungen der Verwaltungspraxis auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung entspricht. Zudem bedarf es einer Überprüfung und De-Priorisierung bestehender Aufgaben. Daher braucht die kommunale Ebene flexible und verlässliche Rahmenbedingungen und Unterstützung. Aufgaben dürfen nicht neu übertragen, Standards dürfen nicht verschärft werden. Wir erwarten, dass das Land entsprechenden EU- und Bundesgesetzvorhaben rechtzeitig entschlossen entgegentritt.

2. Finanzausstattung dauerhaft sicherstellen

Das Land hat zu gewährleisten, dass die Kommunen finanziell angemessen und auskömmlich ausgestattet sind und in den kommenden Jahren den aufgelaufenen Investitionsstau beseitigen sowie sich gleichzeitig konsolidieren können. Die Teilhabe der Kommunen am Steueraufkommen ist deutlich zu stärken. Daneben bedarf es einer Vereinfachung des kommunalen Finanzausgleichs. Eine Befrachtung des Kommunalen Finanzausgleichs mit landespolitischen Zielsetzungen lehnen wir entschieden ab.

Für Aufgaben wie zum Beispiel der Kinderbetreuung, ÖPNV, LWV, Flüchtlingsaufnahme und Integration, Veterinärverwaltung sowie Krankenhäuser muss das Land deutlich stärker Finanzverantwortung mit originären Landesmitteln übernehmen und die Kommunen entlasten.

Das Land muss endlich die Konnexitätsvorschrift der Landesverfassung stärken, in dem eine unabhängige gerichtliche Überprüfung von Konnexitätsfällen durch ein Verbandsklagerecht vor dem Staatsgerichtshof ermöglicht wird. Darüber hinaus muss es sich für eine entsprechende Bundeskonnexitätsregelung im Grundgesetz einsetzen.

3. Bildung als zentrale Aufgabe begreifen – Kinderbetreuung gewährleisten

Im Bereich der Kinderbetreuung steht das Land in der Pflicht, die bestehenden Rechtsansprüche zu gewährleisten. Die Wartelisten für einen Platz in Tageseinrichtungen für Kinder sind nahezu landesweit auf hohem Niveau, Elternklagen an der Tagesordnung. Mit Blick auf den gravierenden Fachkräftemangel sind die landesgesetzlich geregelten personellen Standards zu überdenken, ohne damit die Ansprüche auf eine hohe qualitative Bildung, Betreuung und Erziehung aufzugeben. Keinesfalls verträgt das System neue Ansprüche. Auch die Finanzierung der Kinderbetreuung bedarf sowohl eines weiteren Investitionsprogrammes als auch einer Anpassung der im HKJGB hinterlegten Landespauschalen. Zumindest die Möglichkeit der Unterstützung der Fachkräfte durch zuverlässiges Personal unter spürbarer Anrechnung auf den Personalbedarf muss dauerhaft gesetzlich geregelt werden.

Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz im Grundschulalter ist im Schulbereich umzusetzen. Hier muss die Möglichkeit eines zeitlichen Aufschubs für die Umsetzung des Rechtsanspruchs vorgesehen werden.

Soweit Rechtsansprüche aufgrund landesgesetzlicher Regelungen (Personalstandards) nicht erfüllt werden können, stellt das Land die Jugendhilfeträger von (Schadensersatz-/ Amtshaftungs-)Ansprüchen frei.

Fachkräftemangel ist in aller Munde. Ohne Information und Zugangsmöglichkeiten werden junge Menschen sich jedoch kaum für solche Berufe entscheiden, mit denen sie in Familie und Schule keine Berührungspunkte haben. Wir fordern auch eine Optimierung der Berufsorientierung an Schulen und in der außerschulischen Jugendbildung, die zwischen Schulen, Jugendhilfeträgern und (kommunalen) Jobcentern abgestimmt ist. Zudem muss die berufliche Bildung flexibilisiert werden.

Die Kommunalen Spitzenverbände fordern eine gesetzliche Verankerung einer originären finanziellen Beteiligung des Landes an den Kosten der Finanzierung der Schul-IT, um strukturell eine dauerhafte und verlässliche Finanzierungsbasis für die Digitalisierung im Bildungsbereich zu schaffen.

4. Digitalisierung vorantreiben und fördern – Forschung und Wirtschaft stärken

Hessen braucht einen Aufschwung im Bereich der Forschung und Wirtschaft, um im nationalen und internationalen Vergleich bestehen zu können. Die modernsten Ausbildungsstätten sind daher nicht nur in den Schulen sondern insgesamt anzustreben. Die Infrastruktur ist zu optimieren, sodass Unternehmen ihre Zukunft dauerhaft in Hessen sehen, moderne Telearbeitsplätze und „Satellitenbüros“ geschaffen werden können.

Eine dauerhafte und auskömmliche finanzielle Unterstützung der Verwaltungsdigitalisierung in Städten, Gemeinden und Landkreisen, die auch die steigenden Anforderungen an die Cybersicherheit abbildet, aus originären Landesmitteln ist daher unverzichtbar. Eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur auf Gigabit-Niveau und der weitere Ausbau des öffentlichen WLAN-Netzes sind schnellstmöglich umzusetzen. Gleiches gilt für die Gewährleistung eines 4G-Mobilfunkempfangs in allen Landesteilen und eine zeitnahe Umsetzung von 5G.

Wir fordern vom Land Hessen, dass intelligente Infrastrukturen so ausgestaltet werden, dass kommunale Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten gesichert und neue (dezentrale) Produktions- und Vertriebsmodelle möglich werden. Gleichzeitig bietet die Digitalisierung Chancen bei der Sicherstellung der Daseinsvorsorge und der Verwaltungsmodernisierung.

Die Koordinierungsstelle zur Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes und Digitalisierung als praxisorientierte Schnitt- und Koordinierungsstelle zwischen Land und Kommunen ist deshalb dauerhaft zu sichern.

5. Verkehrswende sichern – Infrastruktur nachhaltig ausbauen – Verkehrsanbindung und ÖPNV in der Fläche sichern

Die Kommunen stehen zur Verkehrswende in Hessen. Die kommunale Ebene fordert eine nachhaltige Unterstützung der Träger des ÖPNV bei der Gewährleistung eines leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehrs. Angesichts Energiewende, Inflation, Personalmangel usw. sind zusätzliche originäre Landesmittel erforderlich. Die Kommunen fordern von Bund und Land ein allgemeines und durchfinanziertes Bürgerticket inklusive der für die Umsetzung erforderlichen Investitionen für die notwendige Infrastruktur.

Hessen ist aufgrund seiner zentralen Lage in Europa ein für Zuzug attraktives Land. Gerade diese zentrale Lage führt aber auch zu erheblichen Verkehrsbelastungen, Siedlungsdruck und ökologischen Belastungen. Der stark beschleunigte nachhaltige Ausbau der Verkehrsnetze für alle Verkehrsträger, sowie zum Beispiel die Vereinfachung der Zuweisung (Quotierung) der Fördermittel, ist unabdingbar, um die wachsenden Verkehre, die durch eine notwendigerweise weiterwachsende hessische Wirtschaft und die zunehmende Bevölkerung entstehen, überhaupt bewältigen zu können.

Grundvoraussetzung für eine weiterhin starke Wirtschaft in der Fläche ist die Sicherstellung einer den Bedürfnissen entsprechenden verkehrlichen Anbindung. Die Anstrengungen für die Sanierung und den weiteren Ausbau verkehrswichtiger Straßen müssen fortgesetzt werden. Dabei ist auch für den ländlichen Raum ein leistungsfähiges Straßennetz zu gewährleisten.

6. Klimawandel managen

Obwohl die Bekämpfung des Klimawandels für sich genommen zu allererst eine Aufgabe auf nationaler und europäischer Ebene ist, setzen sich die Kommunen für den Klimaschutz ein. Sie verfolgen ambitionierte Ziele zur CO₂-Reduktion etwa mit kommunalen Klimaschutzkonzepten, Energiemasterplänen, Mobilitätskonzepten und nachhaltigen Entwicklungsplänen. Außerdem bauen sie die Versorgung mit erneuerbaren Energien aus und fördern den effizienten Umgang mit Energie.

Wir erwarten dabei aber, dass ihnen die dafür erforderlichen finanziellen Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden und die Möglichkeiten für finanzielle Beteiligungen sowohl bei kommunal (mit-)getragenen Projekten als auch bei Projekten Dritter sichergestellt und ausgebaut werden. Das Land wird aufgefordert für kommunale Projekte relevante Flächen des Landes zur Verfügung zu stellen.

7. Sicherheit gewährleisten / Brand- und Katastrophenschutz sicherstellen

Die Gewährleistung der Sicherheit in den Städten und Gemeinden haben in den vergangenen Jahren objektiv und im Sicherheitsempfinden der Menschen stark an Bedeutung gewonnen, da sie die Grundlage eines sozialen Miteinanders darstellt. Beides ist zuvorderst Aufgabe der staatlichen Polizei und der Strafverfolgungsbehörden. Die kommunalen Spitzenverbände lehnen den schleichenden Rückzug der Landespolizei aus dem öffentlichen Raum entschieden ab. Menschen müssen sich in der Öffentlichkeit frei und ohne Angst bewegen können.

Eine weitere große Herausforderung ist auch die Gewährleistung des Brand- und Katastrophenschutzes, der Starkregenvorsorge sowie die Neukonzeption der zivilen Verteidigung. Die Städte und Gemeinden haben hohe Investitionen in diesen Bereichen insbesondere für Planungs-, Personal- und Sachkosten sowie zur Warnung der Bevölkerung zu tragen. Die damit verbundenen hohen Kosten müssen umfassend übernommen werden.

8. Wohnungsmangel beheben – Standards überprüfen, Rahmenbedingungen für Investitionen verbessern

Die Bevölkerung in Hessen ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen, auch durch Migration. Die Versorgung mit Wohnraum, Arbeit und Unterstützung der Integration muss daher auch außerhalb der Ballungszentren sichergestellt werden. Anderenfalls werden sich gerade in den Ballungsräumen die vorhandenen Probleme weiter verschärfen. Daher kritisieren wir, dass der fortgeschriebene Landesentwicklungsplan erheblichen Zuzug für die Zentren festschreiben will. Zudem muss die Siedlungsentwicklung auch immer in überschaubarer Zeit an u. U. sehr kurzfristiges Zuwanderungsgeschehen angepasst werden können. Hier erwarten wir Korrekturen und Flexibilität. Sie käme den Zentren genauso wie den ländlicheren Bereichen entgegen. Die digitale Infrastruktur muss als zentrale Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse landesweit gleichermaßen leistungsfähig sein.

Die kommunale Ebene fordert daher eine langfristige und ressortübergreifend angelegte Wohnungspolitik, finanzielle Anreize für den Bau bezahlbarer, frei finanzierbarer Wohnungen, verlässliche Mittel bei der Städtebauförderung sowie vereinfachte Prozesse und Strukturen dieser und – für eine sozial ausgewogene Stadtentwicklung – eine aktive, gemeinwohlorientierte Bodenpolitik zur Mobilisierung von Bauland.

Erforderlich ist ebenso eine deutlich erhöhte Förderung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften. Zudem sind Maßnahmen vorzusehen, die eine zügige Errichtung sozial geförderten Wohnraums zu akzeptablen Standards ermöglicht.

Daneben sind die Überprüfung von Standards, eine Vereinbarung von Typ-Genehmigungen für seriellen Wohnungsbau, die Überprüfung der Zulassung neuer Baumaterialien, zum Beispiel Holzbauweise im mehrgeschossigen Wohnungsbau, dringend notwendig.

9. Kultur- und Sportangebote sichern

Kultur und Sport sind wesentliche Bereiche, in denen Gesellschaft in Vereinen und Veranstaltungen zueinander kommt. Sie bieten für Menschen gleich welchen Alters die Möglichkeiten des (sozialen) Miteinanders und tragen zur Integration bei. Neben der Sprache werden hier zudem generationsübergreifende Bildungsmöglichkeiten außerhalb von Schule geschaffen. Der Sport hat zudem eine herausragende Bedeutung für die Gesundheit. Kultur- und Sportangebote sind deshalb weitaus stärker als bislang durch das Land finanziell zu fördern, um den Fortbestand dieser Einrichtungen zu sichern, auszubauen und zukunftsfähig zu machen.

Damit dies weiterhin gewährleistet werden kann, ist eine stärkere und unbürokratischere Projektförderung, insbesondere auch zur Sanierung der Sportstätten, erforderlich. Für den Betrieb von Schwimmbädern streben wir zum Beispiel eine Finanzierungsbeteiligung über den Kommunalen Finanzausgleich an.

10. Krankenhaus- und Pflegeentwicklungsplanung angehen

Eine bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung gehört zu den zentralen Herausforderungen der Landespolitik. Es fehlt nach wie vor eine zukunftsweisende Krankenhaus- und Pflegeentwicklungsplanung inklusive einer bestmöglichen Finanzierung aus originären Landesmitteln, damit landesweit eine hohe Qualität der medizinischen Versorgung vorhanden ist und qualitativ herausragende und bezahlbare Pflegemöglichkeiten – auch kurzfristig – nachgefragt werden können.

11. Verwaltungsvereinfachung unterstützen

Die personellen Ressourcen des Landes und der Kommunen sind beschränkt. Angesichts des Fachkräftemangels und einer absehbaren Pensionierungswelle der geburtenstarken Jahrgänge wird sich die Situation perspektivisch noch verschärfen. Vor diesem Hintergrund sind Vorgänge, die auf beiden Seiten unnötig Personal binden, zu vereinfachen, indem zum Beispiel bei Förderverfahren statt aufwendiger Prüfverfahren – zum Beispiel durch Regelungen der Landeshaushaltsordnung – die Einführung pauschalierter Förderungen geprüft wird.

Impressum:

Hessischer Städte- und Gemeindebund
Henri-Dunant-Straße 13
63165 Mühlheim am Main
Geschäftsführer Johannes Heger
Geschäftsführer Dr. David Rauber
Geschäftsführer Harald Semler
eMail: hsgb@hsgb.de
Internetseite: www.hsgb.de

Hessischer Städtetag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden
Geschäftsführender Direktor Dr. Jürgen Dieter
Direktor Stephan Gieseler
eMail: posteingang@hess-staedtetag.de
Internetseite: www.hess-staedtetag.de

Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden
Geschäftsführender Direktor Dr. Michael H. Koch
Direktor Prof. Dr. Jan Hilligardt
eMail: info@hlt.de
Internetseite: www.hlt.de

Die Städte werden es schon richten

Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften Mitte und Nord

(JD) Es gibt zahlreiche Probleme in unserem Staat: Optimieren der öffentlichen Mobilität auf der Schiene, qualifizierte flächendeckende Krankenversorgung, Unterbringen und Betreuung von Geflüchteten, Ganztagsbetreuung in der Grundschule.

Die Städte wollen diese Probleme angehen und lösen. Das machten

Ebenen alles auf die Kommunen herunterdelegieren nach dem Motto „Die Städte werden es schon richten.“ Heppe ist Vorsitzender der AG Nord im Hessischen Städtetag.

Als Beispiel nannte Heppe das Thema „Ganztägige Betreuung in der Grundschule“. Eigentlich müsste das Kultusministerium diese Aufga-

maht der Dillenburger Bürgermeister Michael Lotz, zugleich Stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses und der AG Mitte, an. „Es kann nicht sein, dass der Staat mich einerseits in die Pflicht nimmt, Geflüchtete unterzubringen und dabei ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit meiner Stadt von mir fordert, alle Vorschriften peinlich ge-



© Bild: Friedberg

AG MITTE, 19.06.2023 Friedberg

Von links: BM Wysocki, Bad Vilbel. BM Maar, Rosbach. **Gastgeber** BM Antkowiak und EStR'in Götz, beide Friedberg. Direktor Gieseler, HStT. EStR Schneider, Biedenkopf. **Sitzungsvorsitzender** BM Lotz, Dillenburg. GF Dir. Dieter, HStT. BM Hahn, Limburg. BM Oberndörfer, Bad Schwalbach. BM Harris, Büdingen. BM Herfurth, Idstein.

die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister deutlich, die Mitte Juni 2023 in Friedberg und Gudensberg tagten (Arbeitsgemeinschaften Mitte und Nord im Hessischen Städtetag). Sie benötigen dafür aber massive tätige praktische und finanzielle Unterstützung von Bundes- und Landespolitik.

„Wir arbeiten gerne an Lösungen“, so der Eschweger Bürgermeister Alexander Heppe. „Aber es geht nicht an, dass die staatlichen

be offensiv angehen. „Stattdessen erwartet man von uns, dass wir mit viel Phantasie trotz Arbeitskräftemangels Menschen für die Arbeit in der Grundschule gewinnen, trotz viel zu schwacher Investitionshilfen von Bund und Land die baulichen Voraussetzungen schaffen, Hortplätze in Betreuungsplätze umwandeln, um einen von uns nicht erdachten Rechtsanspruch Mitte 2026 erfüllen zu können.“

Die „Einheit der Rechtsordnung“

nau einzuhalten, von der Bauordnung zum Haushaltsrecht.“

Sympathie zeigten die Bürgermeister für den Gedanken von Städtetags-Direktor Gieseler: Er will die europäische Lösung, Flüchtlinge mit geringen Aussichten auf ein Bleiberecht entsprechend in eine hessische Lösung übertragen. „Das Land soll die Zahl seiner Erstaufnahmeeinrichtungen erhöhen und dort diejenigen betreuen, die mutmaßlich ohne Bleiberecht nicht sinnvoll zu



integrieren sind.“

Gerne folgen die kommunal Verantwortlichen dem Vorschlag von GF Direktor Jürgen Dieter bei der Wärmeplanung. Von Anfang an soll die Geschäftsstelle einen intensiven, datenbasierten Erfahrungsaustausch organisieren. Unterstützt werden soll der Prozess von den

wickeln. Viel gewichtiger wird die Umsetzung der Wärmeplanung sein. Sie kann unmöglich solitär ohne Abstimmung mit anderen Planungen erfolgen. Die Einwohnerschaft wird genau wissen wollen, ob Fernwärmeversorgung in ihre Straße kommt und sie je nachdem wegen ausbleibender Fernwärme

dafür sorgt, dass auch die Lehrerschaft aktiv am Nachmittagsunterricht mitmacht. So liege es womöglich an den Städten, zusätzliche Betreuungsplätze zu schaffen, dafür Horte in Grundschulbetreuungsplätze umzuwandeln, während gleichzeitig das für die Schulen zuständige Land sich weitgehend zurückkeh-

AG NORD 20.06.2023 Gudensberg



© Bild: Gudensberg

Von links: BM Heß, Frankenberg. Direktor Gieseler, HStT. BM Kreuter, Schwalmstadt. BM Dr. Ritz, Homberg. BM'in Strube, Baunatal. BM Spogat, Fritzlar.

Gastgeberin BM'in Best, Gudensberg. GF Dir. Dieter, HStT. **Vorsitzender** BM Heppe, Eschwege.

Städten, die schon 2023 Best-practice-Lösungen anbieten können. Bürgermeister Heppe aus Eschwege ist bereit dazu, seine schon weit fortgeschrittenen Planungen aus Eschwege einer breiten Zahl der Städtetags-Mitglieder vorzustellen. Völlig klar ist, dass die Verpflichtung zur Wärmeplanung die Städte massiv herausfordert. Es geht bei weitem nicht nur darum, die Planungsleistungen konnexitätsgerecht abzu-

selbst eine Wärmepumpe planen müssen oder wegen kommender Fernwärmevernetzung darauf verzichten können ihr Haus umzurüsten.

Sorgen bereitet den direkt Gewählten auch das Thema Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Sie haben den Eindruck, dass die Kultusverwaltung sich dort nicht hinreichend engagiert, insbesondere nicht

nen wolle. Stattdessen fordern die Städte eine aktive Rolle der Kultusverwaltung ein.

Betreuung in der Grundschule hat etwas mit Schule zu tun. Wenn Eltern den ihnen von Gesetz wegen zustehenden Betreuungsplatz einfordern, darf das Land nicht schulterzuckend daneben stehen und auf die Verantwortung der Kommunen als Jugendhilfeträger verweisen.

Vollversammlung der Stadtverordnetenvorsteherinnen und -vorsteher in der Hessentagsstadt Pfungstadt

(Gi) Zum Zweck des erweiterten Erfahrungsaustausches hat am 9. Juni 2023 die 38. Vollversammlung der Stadtverordnetenvorsteherinnen und -vorsteher stattgefunden. Eingeladen waren alle Stadtverordnetenvorsteher, Stadtverordnetenvorsteherinnen und Vorsitzende der obersten Organe der Städte und Gemeinden oder deren Vertreter, die im Hessischen Städtetag organisiert sind. Die Veranstaltung fand im Rahmen des Hessentages in der Hessentagsstadt Pfungstadt statt. Durch die Sitzung führte der Stadtverordnetenvorsteherin der Stadt Frankfurt, Hilime Arslaner.

Mit einem launigen Worten hieß der Stadtrat für Kultur, Sport und Ehrenamt Hans-Joachim Heist die ersten Bürgerinnen und Bürger im Lande Hessen herzlich in der Hessentagsstadt willkommen. Die Vollversammlung der Stadtverordnetenversammlung widmete sich dem Thema „Datenschutz und digitale Gremienarbeit“.

Bevor sich die Versammlung mit diesem Thema auseinandersetzte, gewährte der Staatssekretär für Digitale Strategie und Entwicklung und Chief Information Officer des Landes Hessen (CIO), Patrick Burghardt, Einblick in seine Arbeit.

Aus erster Hand berichtete er über den Stand der Digitalisierung in Hessen. Er beschrieb die wichtigen Aufgaben welche die Kommunen dabei zu erfüllen haben. Da der Staatssekretär derzeit auch Vorsitzender des IT-Planungsrats auf Bundesebene ist, nutzte er in seinem Vortrag die Gelegenheit den Teilnehmenden der Vollversammlung auch einen wertvollen Ausblick auf die künftigen Herausforderungen zur Digitalisierung zu geben.

Die Stellvertreterin des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Information, Frau Lisa-Marie Lange hielt das Hauptreferat „Datenschutz und Gremienarbeit“. Im Zuge des sehr informativen Vortrags entstand eine sehr lebhaftige Debatte über eine notwendige praktikable Umsetzung des erforderlichen Datenschutzes in der täglichen Arbeit von Kommunalpolitikern. Dank der fachlichen Expertise der Referentin konnten viele Fragen der Stadtverordnetenvorsteherinnen und -vorsteher, insbesondere zum Umgang mit den Inhalten von Gremieninformationssystemen erörtert und geklärt werden. Auch der Umgang mit den sozialen Medien, wie Facebook, Twitter etc. wurde thematisch

beleuchtet. Deren Risikosphären im Hinblick auf den Datenschutz wurden von ihr nachvollziehbar erläutert. Die kritische Position des Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit dazu wurde klar formuliert. Das Für und Wider sozialer Medien im politischen Tagesgeschäft wurde eingehend von den Teilnehmenden der Veranstaltung erörtert.

Die Vorsitzende der Vollversammlung, Stadtverordnetenvorsteherin Hilime Arslaner, bedankte sich abschließend bei der Hausleitung und dem Team der Stadt Pfungstadt für die Ausrichtung der Vollversammlung. Der Stadtverordnetenvorsteher der gastgebenden Stadt Pfungstadt, Oliver Hegemann, schloss mit seinen Dankesworten für die gelungene Veranstaltung die Vollversammlung und lud die Tagungsteilnehmer zum Empfang für das Hessische Kabinett ein.

Der Hessische Städtetag dankt allen Teilnehmenden für ihr Engagement und der Hessentagsstadt Pfungstadt insbesondere dem Stadtverordnetenvorsteher Oliver Hegemann und dem Bürgermeister Patrick Koch für ihre Gastfreundlichkeit.



Vollversammlung der Stadtverordnetenvorsteherinnen und -vorsteher am 09.06.2023 in Pfungstadt.

Sprachförderung für Kinder neu aufstellen und stärken

(Hm) Die Städte drängen auf eine neue Strategie in der Sprachförderung in Tageseinrichtungen für Kinder und eine entsprechende auskömmliche Finanzierung durch Bund und Land.

“Die Probleme mangelhafter oder gänzlich fehlender deutscher Sprachkenntnisse junger Menschen verlangen nach einer neuen Herangehensweise im Bereich der Sprachförderung“, sagt der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Integration des Hessischen Städtetages, Fuldas Bürgermeister Dag Wehner, nach der Sitzung des Gremiums in Fulda, Veranstaltungsort der diesjährigen Landesgartenschau. “Die Sprachförderung muss einerseits auf die Sprachförderangebote für die Eltern entsprechend abgestimmt sein, andererseits altersgerecht und passgenau sein, aber auch die anschließende Schulbildung mit im Blick haben.“ Der Ausschuss für Soziales und Integration des Hessischen Städtetages fordert daher Bund und Länder auf, gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden über eine neue Strategie in der Sprachförderung in und außerhalb von Tageseinrichtungen für Kinder nachzudenken und eine entsprechende auskömmliche Finanzierung aus originären Bundes- und Landesmitteln dauerhaft zu verankern. In ihrem Beschluss greift der Ausschuss auch die vielen Rückmeldungen aus den Grundschulen auf, dass in den letzten Jahren immer mehr Kinder Sprachdefizite aufweisen. Auch in den kommunalen Tageseinrichtungen für Kinder macht sich der seit Jahren zunehmende Migrationsanteil immer stärker bemerkbar. Der Anteil der vorwiegend gespro-



Fulda als Landesgartenschaustadt 2023 war Gastgeber für den 131. Sozialausschuss.

chenen Familiensprache „deutsch“ liegt bei 14 Prozent bis 33 Prozent. Die übrigen Anteile gliedern sich in bis zu 24 unterschiedliche Sprachen. Da alle bereits getroffenen Maßnahmen wie Einstellung von zusätzlichen Sprachfachkräften, Er-

höhung des Personals in Tageseinrichtungen für Kinder etc. bislang nicht immer Abhilfe verschafften, bedarf es aus Sicht der Städte neuer Konzepte, um der Vielzahl an Herausforderungen zu begegnen.

© Bild: Fotolia



Kinder brauchen beste Förderung durch Eltern, KiTa und Schule.

Impressum

53. Jahrgang

Herausgeber:

Hessischer Städtetag

Frankfurter Straße 2

65189 Wiesbaden

Telefon: 0611/1702-0, Telefax: 0611/1702-17

eMail: posteingang@hess-staedtetag.de

Internet: www.hess-staedtetag.de

Verantwortlich: GF Direktor Jürgen Dieter

Redaktionelle Mitarbeit: Kira-Lisa Schmidt

Quellenangaben zu den Fotos im Inhaltsverzeichnis in der Reihenfolge ihres Erscheinens:

HStT, alle anderen: Shutterstock

Alle nicht gekennzeichneten Fotos sind vom Hessischen Städtetag, der die Bildrechte hat.